Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1590. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 16. Donnerstag, 19. Januar 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Groener zum Reichswehrminister ernannt.

Berlin. (Funkspruch.) Der Herr Reichspräsident hat auf Vorschlag des Herrn Reichskanzlers den Reichswehrminister Dr. Geßler auf seinen Antrag vom Amte des Reichswehrministers entbunden und den Reichsminister a. D. Generalleutnant a. D. Groener zum Reichswehrminister ernannt.

Berlin. (Funkspruch.) Der Reichskanzler hatte heute mittag der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei von der Absicht des Reichspräsidenten Kenntnis gegeben. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, haben beide Parteien gestern starke Bedenken gegen diese Ernennung geltend gemacht, so daß die Kandidatur Groeners gestern abend als erledigt angesehen wurde. Der Reichspräsident hat aber in den Besprechungen, die heute vormittag stattfanden, darauf bestanden, daß die Entscheidung bei ihm liegt.

Die Führerkrise im Zentrum.

Die „Krise im Zentrum" erhält ihre große politische Bedeutung weniger aus den Gegensätzen, die sich in der letzten Zeit zwischen den Führern der christlichen Gewerkschaften und der offiziellen Parteileitung des Zentrums aufgetan haben, als mehr aus dem großen Uebereifer, mit dem alle Parteien links des Zentrums sich dieser neuen „Sensation" annehmen. Fast alle Organe der Linksparteien sehen schon heute die Krise im Zentrum auf ihrem Gipfelpunkt angelangt, prophezeien schon heute, daß die „Drohungen" des Herrn Imbusch die Spaltung der Zentrumspartei schon so gut wie vollzogen hätten, was selbstverständlich ein Ende der augenblicklichen Regierungskoalition und auch schließlich der Hierarchie Marx zur Folge haben müßte. „In möglichst dicken Farben trägt man auf, erteilt gute Ratschläge und denkt ganz im Stillen vielleicht an ein kleines parteipolitisches Geschäft, wenn man sich selber einreden will, im Zentrumssturme knistre es." Das ist nicht unsere Bewertung eines Pressesturmes der Linken, das sind nur Worte der „Germania", Worte, die das offizielle Organ der Zentrumspartei den Ratschlägen, Aufbauschungen einer Opposition eindämmend und mildernd in den Weg legen will: „Im übrigen pflegt das Zentrum seine internen Angelegenheiten selbst zu regeln, so wie das ja wohl jede Partei tut, die Wert darauf legt, ihr eigener Herr zu sein. Wir sind überzeugt davon, daß die Führer und die Kreise, mit denen diese innerlich verbunden sind, alles tun werden, um die Differenzen auszugleichen." Man sieht auch aus diesen Worten der „Germania", daß die offizielle Parteileitung des Zentrums auf Grund der letzten Vorkommnisse keineswegs die Nerven verloren hat, und daß sie schließlich auch der festen Ueberzeugung ist, die Gegensätze, die sich in der letzten Zeit aufgetan haben, durch eine gütliche Aussprache wieder beheben zu können. Nun — der Parteivorstand, und der Parteiausschuß des Zentrums sind zum 28. und 29. Januar 1928 nach Berlin einberufen worden, um zu den Konflikten in der Führung der Partei Stellung zu nehmen. Es wird sich also recht bald erweisen, ob die von der Opposition so liebevoll behandelte „Palastrevolution" im Zentrumslager gütlich beglichen werden kann. Wir haben keine Veranlassung anzunehmen, daß dies nicht der Fall sein wird. Das Zentrum hat in den Zeiten seines Bestehens schon so viele und so starke Belastungsproben ausgehalten, daß man durchaus geneigt sein kann zu glauben, es habe sich auch in den letzten Wochen an dieser Tatsache nichts geändert.

Nehmen wir einmal die Gegensätze, die zu der augenblicklichen „Krise" des Zentrums führten, unter die kritische Lupe. Da ist zunächst festzustellen, daß der Vorstoß der christlichen Gewerkschaften in keiner Weise die Annahme stützt, daß er sich lediglich und auf rein sozialpolitischen Erwägungen aufbaut. Sozialpolitische Differenzen zwischen der offiziellen Parteipolitik und den Forderungen der christlichen Gewerkschaften können sich in den letzten Monaten schon deshalb nicht ergeben haben, da der offizielle Kurs der Reichsregierung hierzu wahrlich wenig Anlaß bot. Die Gegensätze, die durch den Briefwechsel des Reichskanzlers Marx und des Herrn Stegerwald in Erscheinung getreten sind, dürften sich wohl in der Hauptsache aus Meinungsunterschieden in der Behandlung der Beamtenbesoldungsreform ergeben haben. Aus welchen Gründen die in den christlichen Gewerkschaften zusammengeschlossene Arbeiterschaft des Zentrums der Vorlage des Zentrumsministers Köhler sich skeptisch entgegenstellt, ist nicht klar ersichtlich. Es dürften hier Erwägungen mitgespielt haben, die eine beträchtliche Besoldungszulage für die Beamten als hinderlich für die Forderungen der Arbeiter auf eine Erhöhung ihres Lohnniveaus bezeichnen, vielleicht auch die Tatsache, daß der christliche „Deutsche Gewerkschaftsbund" nach dem Ausscheiden seines Beamtenflügels unbelastet von Rücksichten seine Meinung frei heraussagen konnte. Jedenfalls sprachen sich die Arbeitermassen des Zentrums geschlossen gegen den Entwurf des Zentrumsministers Köhler aus. Vielleicht wäre der scharfe Gegensatz zwischen der Stellungnahme des linken Flügels des Zentrums und der Einstellung der offiziellen Parteileitung zur Frage der Besoldungsreform nicht zu dem großen Ausmaß gelangt, wenn der Brief des Reichskanzlers Dr. Marx an einen katholischen Lehrerverein in der Form etwas vorsichtiger gehalten gewesen wäre. Die von dem Reichskanzler gewählte Form der Zurückweisung der Forderungen Dr. Stegerwalds und der Kreise, die hinter ihm stehen, war immerhin etwas recht kraftvoll ausgestattet und konnte daher wohl in den betreffenden Kreisen eine Stimmung auslösen, die, wie man aus einer Kundgebung des erweiterten Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ersieht, einer gewissen Spannung nicht entbehrt. Der Kernpunkt des Konfliktes spielt um die Behauptung des Reichskanzlers, daß der von „Herrn Dr. Stegerwald und einigen Gewerkschaftssekretären eingenommene Standpunkt durch Bewilligung der Besoldungsreform widerlegt sei." Dr. Stegerwald hat diese Feststellung des Reichskanzlers zum Anlaß genommen, der Zentrumspartei mitzuteilen, nicht wie fälschlich gesagt wurde, daß er sein Amt als stellv. Vorsitzender der Fraktion niederlege, sondern nur, daß er die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden der Reichstagsfraktion solange nicht ausüben könne, bis die zwischen ihm und dem Reichskanzler infolge des Schreibens vorhandenen Differenzen beseitigt worden seien. Diesem Protest Stegerwalds schloß sich auch durch seine Rede der Abgeordnete Imbusch an. Gerade diese Rede Imbuschs hat anscheinend im Lager der Opposition die hellste Begeisterung ausgelöst. Wie gegenstandslos diese Begeisterung ist, hierfür wiederum ein Zitat aus der „Germania": „Man scheint es in jenen Kreisen nicht nötig gehabt zu haben, die Rede von Imbusch aufmerksam zu lesen, sonst müßte man ganz genau wissen, daß Imbusch gerade alle die Tendenzen, die etwa auf eine neue Partei hinauswollen, mit äußerster Schärfe und Bestimmtheit zurückgewiesen hat." Wenn das offizielle Organ der Zentrumspartei in der Lage ist, die ganze „Krise" so zuversichtlich zu bewerten, so haben wir keine Veranlassung bis zum Beweis des Gegenteils, eines anderen Sinnes zu sein.

Abschluß der Berliner Länderkonferenz.

)(**Berlin.** Die Länderkonferenz ist gestern abend zu Ende gegangen. Am Schluß der Diskussion über die der Oeffentlichkeit zu übermittelnde **Kundgebung** sprach Herr Bürgermeister **Dr. Petersen** dem Herrn Reichskanzler den Dank der Versammlung für die Einberufung und Leitung der Konferenz und dem Staatssekretär in der Reichskanzlei, Dr. Pünder, den Dank für die Vorbereitung der Konferenz aus.

Dann schloß in Vertretung des dienstlich verhinderten Reichskanzlers **Reichsjustizminister Exzellenz Hergt** die Tagung mit folgenden Worten:

Meine Herren! Namens des Herrn Reichskanzlers darf ich meinerseits dem Danke der Reichsregierung Ausdruck verleihen. Ich weiß nicht, ob es Ihnen bewußt geworden ist: heute ist der 18. Januar. Wir denken an einen anderen 18. Januar, wo auch über die Reichsgeschicke verhandelt worden ist. Damals konnten die Verhandlungen sofort zu einer Lösung geführt werden, und der Jubel von ganz Deutschland stand hinter dieser Lösung. Meine verehrten Herren, wir sind heute zu unserem großen Bedauern nicht in der Lage, unserem Volke eine Endlösung zu bringen. Wir haben hier nur eine Frage mit ernstem Willen anpacken können. Aber doch sehen wir Möglichkeiten für die Zukunft. Ich habe mit großer Freude — und das ist auch die Auffassung des Herrn Reichskanzlers — aus den dreitägigen Verhandlungen und aus den vielen Reden hier immer und immer wieder die Verständigungsbereitschaft herausgehört. Und das ist eigentlich das positivste Ergebnis unserer ganzen Tagung, daß es gelungen ist, eine so große, so verschiedenartig zusammengesetzte Versammlung doch letzten Endes in großen Linien zu einer Verständigungsbereitschaft zu bringen. Und ferner, meine Herren, ist es wohl aller Meinung, daß die Sache nicht etwa die Ausschüsse, die wir in Aussicht genommen haben, nun bloß des Dekorums willen gebildet werden sollen, sondern daß in ihnen weitere ernste Arbeit geleistet werden soll.

Wir sehen also hoffnungsfreudig in die Zukunft, und mit diesem Gefühl der Hoffnung und des Vertrauens auf die Zukunft, die auch die schweren Fragen, die uns hier beschäftigt haben, einer Lösung zuführen wird, darf ich die Tagung hiermit schließen. (Allseitige Zustimmung.)

Die Ergebnisse der Länderkonferenz.

)(**Berlin.** Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß der Wiederaufstieg unseres Volkes nur auf der Grundlage einer einmütigen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Reich und Ländern erfolgen kann, sind Reichsregierung und Länderregierungen in ihrer gestern zum Abschluß gelangten Konferenz nach eingehenden Beratungen zu folgenden Ergebnissen gelangt:

I.

Reichsregierung und Ländervertreter sind der Auffassung, daß die Weimarer Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern unbefriedigend ist und einer grundlegenden Reform bedarf. Wenn auch darüber, ob die Reform die unitarischen oder die föderativen Kräfte stärken soll oder welche Vereinigung beider Kräfte in neuer Form möglich ist, eine Uebereinstimmung nicht erzielt werden konnte, so bestand doch darüber Einigkeit, daß eine starke Reichsgewalt notwendig ist.

Im übrigen wurde in folgenden Punkten Einverständnis erzielt:

1. **Jede Teillösung ist bedenklich. Insbesondere soll die Gesamtlösung nicht dadurch erschwert werden, daß leistungsschwache Länder vom Reich als „Reichsländer" aufgenommen werden. Finanziellen Notständen von Ländern, welche durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, soll durch andere geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden; als solche kommen Dotationen nicht in Frage.**

2. **Das Reich soll seinen Machtbereich nicht durch finanzielle Aushöhlung oder ähnliche Maßnahmen zum Schaden der Länder erweitern.**

3. **Wenn kleinere Länder in Nachbarländern aufzugehen wünschen, so soll dieses Aufgehen nach Möglichkeit erleichtert werden. Die Auflösung der bestehenden zahlreichen kleinen Enklaven und Exklaven im Wege freier Vereinbarung erscheint wünschenswert.**

4. **Die Länder werden häufiger und beschleunigter als bisher untereinander Vereinbarungen zur Rechts- und Verwaltungsangleichung und Vereinfachung treffen, bei deren Abschluß die Reichsregierung mitwirkt.**

5. **Die Lösung des Gesamtproblems soll durch den Bericht eines Ausschusses vorbereitet werden, der zu gleichen Teilen von der Reichsregierung und den Länderregierungen besetzt wird. Die Regierungen der im Verfassungsausschuß des Reichsrates vertretenen Länder werden je einen Vertreter in den Ausschuß entsenden. Der Ausschuß hat das Recht der Zuwahl. Er kann Sachverständige hinzuziehen. Den Vorsitz des Ausschusses führt der Reichskanzler.**

II.

Die Reichsregierung hat im Interesse der Lösung des Gesamtproblems folgende Maßnahmen in Aussicht gestellt:

1. **Zur Beseitigung finanzieller Notstände von Ländern, die durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, ist die Reichsregierung bereit, über die geltende verfassungsmäßige Zuständigkeit hinaus geeignete Verwaltungsbereiche solcher leistungsschwach gewordenen Länder auf das Reich zu übernehmen.**

2. **Zur Herbeiführung von Vereinbarungen über das Aufgehen kleinerer Länder in Nachbarländer, sowie für die Auflösung von Enklaven und Exklaven stellt die Reichsregierung ihre guten Dienste zur Verfügung, sie ist insbesondere bereit, eine Stelle zu bestimmen, welche in enger Fühlungnahme mit den Ländern anregend, vermittelnd und auf Anruf der Beteiligten als Schiedsinstanz tätig wird.**

3. **Zur Vereinfachung der Gesamtverwaltung des Reichs wird die Reichsregierung demnächst im Reichsrat neue Vorschläge für das Reichsverwaltungsgericht machen.**

III.

Reichsregierung und Länderregierungen sind sich darüber einig, daß Maßnahmen zur Sicherstellung sparsamster Finanzgebarung in Reich, Ländern und Gemeinden getroffen werden müssen. Ein Ausschuß, der unter Vorsitz des Reichsministers der Finanzen aus mindestens vier Finanzministern der Länder besteht, soll näher prüfen, welche Wege in dieser Richtung gangbar erscheinen.

IV.

Bezüglich der Fragen der Verwaltungsreformen sind sich Reichsregierung und Landesregierungen über die Notwendigkeit beschleunigter Durchführung von entsprechenden Reformen in Reich und Ländern einig. Diese Reformen haben sich insbesondere auf folgende Fragen zu erstrecken:

a) zweckentsprechende Zusammenlegung von bisher nebeneinander bestehenden Behörden.

b) zweckmäßige und den heutigen Verkehrsverhältnissen angepaßte Abgrenzung der Bezirke der Lokal- und Mittelbehörden.

Um eine Gleichmäßigkeit in der Durchführung der notwendigen Verwaltungsreformen in den Ländern und eine Uebereinstimmung in den entsprechenden Maßnahmen des Reiches sicherzustellen, sind sich Reichsregierung und Länderregierungen darüber einig, daß es zweckmäßig ist, wenn

a) Landesregierungen der Reichsregierung (Reichssparkommissar) ihre Verwaltungsreformpläne mitteilen;

b) der Reichssparkommissar sich auf Antrag der Landesregierungen zu ihren Plänen gutachtlich äußert. In diesem Falle werden die Landesregierungen dem Reichssparkommissar Gelegenheit geben, sich bei den in Betracht kommenden Landesbehörden zu unterrichten. Auch sind sie bereit, die Gutachten des Reichssparkommissars den beschließenden Körperschaften vor der Beschlußfassung zuzuleiten.

Mit der näheren Durchprüfung der in Betracht kommenden Fragen wird der zu I, 5 erwähnte Ausschuß betraut werden.

SLUB Wir führen Wissen.